„Der Courier"

Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391

Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Wöchentliche Ausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Immer noch Zurücksetzung

Wer behaupten wollte, die Deutschcanadier seien gleichberechtigte Bürger dieses Landes, würde gewiß sich einer Unwahrheit schuldig machen. Sie sind wohl gut genug dazu, als Farmer, Handwerker und Geschäftsleute ihre ganzen Kräfte für den Aufbau dieses Landes einzusetzen, Steuern und Abgaben zu entrichten und sich in Wahlzeiten von dieser oder jener Partei umschmeicheln zu lassen, aber das ist auch in der Tat alles.

Werfen wir einen Blick in die großen Farmerorganisationen, denen die Deutschen als Mitglieder und „Der Courier" als Organ der Deutschsprechenden fürwahr schon genug Unterstützung zuteil werden ließen! In wessen Händen liegen die führenden Posten? Ist auch nur ein deutscher Mann in leitender Stellung in den Zentralen anzutreffen? Wieviele Kinder deutscher Eltern sind dort als Hilfskräfte angestellt?

Schauen wir hinein in die Parlamente und Legislaturen! Wieviele Beamte deutscher Abstammung, wieviele deutschsprechende Abgeordnete finden wir dort, im Vergleich zum Prozentsatz der deutschsprechenden Bevölkerung?

Oder nehmen wir einmal die Komitees zur Feier des Diamantjubiläums der canadischen Konföderation her! Sind wir überhaupt dort in nennenswertem Maße vertreten? Unseres Wissens ist im Nationalkomitee zu Ottawa nicht ein einziger deutscher Namen zu finden, dagegen wohl ein Ukrainier von Alberta. Aehnlich liegen die Verhältnisse an größeren Plätzen mit starker deutscher Bevölkerung wie Regina. Hier bedarf es erst einer besonderen Aufforderung, eines sanften Rippenstoßes, um auch einigermaßen zur Geltung zu gelangen.

Ein anderes Beispiel ist die Tatsache, daß der Schriftleitung des „Courier" zur Eröffnung des Saskatchewan-Hotel der C. P. R. in Regina nicht einmal eine Einladung zugegangen ist, wie man in gleicher Weise überhaupt die deutschsprechende Bevölkerung der Stadt und ihre Organisationen dabei vollkommen „übersehen" hat. Die Canadian Pacific Railway nimmt ganz gerne unsere Dienste in Anspruch, wenn wir für ihre Interessen verwendbar sind, aber sonst sind wir anscheinend — Luft für sie.

Doch wir wollen bei alldem nicht ungerecht sein. Ein Hauptteil der Schuld an all den Zurücksetzungen, die wir über uns ergehen lassen, **tragen unsere Deutschen in diesem Lande selbst**, weil sie viel zu lammfromm sind, weil sie nicht energisch genug ihre Forderungen stellen und sich von jedem auf die Hühneraugen treten lassen, um nachher vielleicht sogar noch um Entschuldigung zu bitten, daß sie nicht aus dem Wege gingen. Würden alle unsere deutschen Brüder in Canada ebenso nachdrücklich wie die Schriftleitung des „Courier" für die eigenen Rechte und Freiheiten eintreten, dann würde man uns jene Gleichberechtigung zubilligen müssen, auf die wir ebenso wie ein Engländer, der vielleicht erst einen Monat in Canada lebt, Anspruch erheben dürfen.

Rußland befürchtet Kriegsgefahr

Die russische Räteregierung hat die britische Note, mit welcher die diplomatischen Beziehungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion abgebrochen wurden, erwidert. In der russischen Note wird unter anderem erklärt, daß der plötzliche Abbruch der Beziehungen zwischen den beiden Ländern ein „Schlag für den Frieden" gewesen sei und sicherlich das Chaos in Europa vergrößern werde.

Die von Maxim Litwinow, dem Assistenten des zum Kurgebrauch in Europa weilenden Außenministers Tschitscherin, ausgefertigte Note, führt aus, daß die Räteregierung durch den Schritt der britischen Regierung Kirchaus nicht überrascht wurde, da sie sich wohl bewußt war, daß die konservative Regierung Großbritanniens seit langem den Abbruch der Beziehungen mit der Sowjetunion vorbereitet hatte.

Es wird noch erklärt, daß Großbritannien nicht berechtigt war, die Beziehungen sofort aufzulösen und daß es dadurch, daß es unterließ, das Vertragsverhältnis in der vereinbarten Frist von sechs Monaten zu kündigen, das Handelsabkommen verletzte. Litwinow sagt dann in der Note, die ganze Welt wisse den wahren Grund für den Bruch, der in der Niederlage der Politik der konservativen britischen Regierung in China zu suchen und ein Versuch sei, **die Aufmerksamkeit der Welt von dieser Schlappe** abzulenken.

In der Note wird die Beschuldigung, daß die Sowjetunion das Handelsabkommen verletzte, energisch bestritten und hinzugefügt, daß allen erhobenen Beschuldigungen unrichtige Informationen und gefälschte Dokumente zugrunde liegen. Schließlich wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Zeit nahe sei, in der das britische Volk einen Weg ausfindig machen wird, seine Bestrebungen, mit der Sowjetunion **normale Beziehungen zu unterhalten,** unbehindert zu verwirklichen.

Ein von den verschiedenen Moskauer Arbeiterverbänden erlassener Appell fordert die Arbeiter und die Jungmannschaft im Lande auf, freiwillig in die Rote Armee einzutreten. Es wird den Arbeiterverbänden empfohlen, ihre tüchtigsten Kameraden zur Ausbildung in die Militärschulen zu schicken.

Der Rat der Volkskommissäre kündigt an, daß er beschlossen habe, zwei innere Anleihen von je 200 Millionen Rubel auszuschreiben, deren Ertrag für Zwecke der nationalen Verteidigung verwendet werden soll.

Ohmann Tomsky der Sowjet-Gewerkschaften behauptet, daß die britische Note einen offenen Angriff auf die Sowjetunion — vielleicht schon in einem Monat, vielleicht erst in einem Jahre — als gewiß erscheinen lasse. Das Land müsse die Zeit ausnützen, um seine militärische und wirtschaftliche Verteidigung in wirksamster Weise zu entwickeln.

Die Zeitung „Prawda" schreibt, der Bruch Großbritanniens mit Rußland sei der größte Verrat an der Sache des europäischen Friedens seit dem Jahre 1914, und die Sowjetunion sei seit dem polnischen Kriege im Jahre 1920 nie so stark durch einen Krieg bedroht gewesen, wie heute.

Deutschlands Neutralität

Nach Berichten aus Paris, machte der britische Außenminister an Dr. Stresemann Vorschläge über Deutschlands Zusammenwirken bei dem englisch-russischen Bruch. Amtliche deutsche Kreise erklären die Berichte als völlig grundlos.

Die kürzliche Rede des amerikanischen Botschafters Herrick in Paris, worin er die Propaganda der Bolschewisten verurteilte, wird von einem Teil der deutschen Presse als ein ungewöhnliches diplomatisches Verfahren bezeichnet. Wie der Börsen-Kurier annimmt, ist der Vorfall ein deutliches Zeichen, daß amerikanisches Kapital England durch Boykottierung von Sowjet-Rußland bestehen wird.

Inzwischen bestehen die deutschen Parteiführer weiter geschlossen darauf, daß Deutschland eine Haltung strengster Neutralität beobachtet, nicht bloß wegen seiner exponierten Stellung auf dem europäischen Festland, sondern hauptsächlich im Hinblick auf die Gefahren der Lage. Die Haltung der Deutschnationalen brachte Graf Westarp zum Ausdruck. Er warnte davor, die Rolle des Vermittlers anzunehmen. Die Rolle des Mittlers, sagte er, ist stets eine undankbare Aufgabe, besonders für ein aller Macht beraubtes Volk. Das Unternehmen wäre nicht bloß hoffnungslos, sondern mit den schwersten Gefahren verknüpft.

Völkerbundsligen und Südtirol

Die Minderheits-Kommission des Verbandes der Völkerbund-Ligen hat beschlossen, die entscheidenden Verhandlungen über die Südtiroler Frage der nächsten Vollversammlung, deren Tagung im Oktober stattfinden wird, vorzubehalten.

Diese Frage hat im Verlauf der Besprechungen des Ausschusses im Vordergrund gestanden. Aus der Mitte aller Delegationen der Einzelverbände, selbst der italienischen, ist auf den Ernst der Lage in der Südtirol und die dortige deutsche Bevölkerung sich befinden, hingewiesen und die Notwendigkeit einer Aenderung der heutigen Verhältnisse, soll das dortige Deutschtum nicht dem Verderben anheimfallen, festgestellt worden.

Wenn die Kommission sich nicht zu einer festlegenden Entschließung aufgerafft hat, solcher Verantwortung durch die Ueberlassung der Entscheidung aus dem Wege gegangen ist, so wird dies auf die Zaghaftigkeit zurückgeführt, die das Merkmal aller derartiger Ausschüsse und Verbände bildet, deren Bedeutung über Beschlußfassungen nicht hinausgeht und die, wie in dem vorliegenden Falle, nicht einmal an eine solche Bedeutung heranreichen.

Die Südtiroler Frage bleibt also auch für die Völkerbundsligen bis zum Oktober in der Schwebe. Auch für die anderen Minderheiten dürfte Erspriessliches von den Verhandlungen des Ausschusses nicht erwartbar sein.

Weltumschau

Deutschland.

Prinz Heinrich von Preußen, Bruder des früheren Kaisers Wilhelm, war der einzige des holsteinischen Adels, der in Kiel bei der festlichen Begrüßung des Reichspräsidenten von Hindenburg auf seiner Besuchsreise durch die Nordmark abwesend war. Die übrigen Mitglieder des Adels der Provinz waren vollständig erschienen und sie sorgten augenscheinlich dafür, daß die Straßen, durch welche der höchste Beamte der deutschen Republik fuhr, nur schwarz-weiß-rot geschmückt waren. Sogar am Bahnhof, wo erst letzte Woche anläßlich des sozialistischen Parteitages die republikanische Reichsflagge wehte, waren nur die erwähnten Farben zu sehen, eine Tatsache, die dem Reichspräsidenten, dessen Automobil und Amtswohnung stets das schwarz-rot-goldene Reichsbanner trägt, augenscheinlich Verlegenheit bereitete. Der Präsident nahm eine militärische Schau über eine Marinetruppe ab und begrüßte mehrere pensionierte Flottenadmirale. Am Abend war er Gast auf dem Landsitz des Grafen von Brockdorff-Rantzau, des derzeitigen deutschen Botschafters in Moskau.

Eine Resolution, in der Spanien und Brasilien ersucht werden, ihren „Austritt aus dem Völkerbunde rückgängig zu machen und die Sitze wieder einzunehmen, zu denen sie berechtigt sind", wurde auf der Schlußsitzung der Volkerbund-Vereinigung in Berlin einstimmig angenommen. Sofia wurde als Sitz für die im Oktober dieses Jahres stattfindende Sitzung ausgewählt und der Haag für diejenige im Juni 1928.

Die Frage des Anschlusses des Freistaates Waldeck an Preußen ist jetzt in Fluß gekommen. In Arolsen in Waldeck fand eine gemeinsame Sitzung des Landes- und Verfassungs-Ausschusses statt, in der über das Ergebnis der kürzlich in Berlin stattgefundenen Anschlußverhandlungen beraten und folgender Beschluß gefaßt wurde: „Der Landesausschuß Waldeck ist damit einverstanden, daß in dem Entwurf eines neuen Staatsvertrages die vom Preußischen Staatsministerium verlangte bindende Erklärung über den Anschluß Waldecks unmittelbar nach Ablauf dieses neuen Vertrages aufgenommen wird. Die Regierung wird daher ersucht, dem Landes- und Verfassungsausschuß einen solchen Vertragsentwurf vorzulegen, der vor allen Dingen die späteren Anschlußbedingungen enthalten muß." — Sicher ist anzunehmen, daß nunmehr die endgültigen Verhandlungen zwischen der preußischen und waldeckischen Regierung über den Abschluß eines neuen Staatsvertrages mit nachfolgendem Anschluß in aller Kürze beginnen.

Das Großkraftwerk Klingenberg in dem Vororte Rummelsburg bei Berlin, das den Namen seines genialen Schöpfers, Georg Klingenberg, trägt, ist seiner Bestimmung übergeben worden. In anderthalb Jahren ist dieses wahrhaft gigantische Werk geschaffen, noch ist die letzte Hand nicht angelegt und schon trägt sich die Leitung mit dem Gedanken, das Werk zu vergrößern, da es trotz seiner gewaltigen Leistungsfähigkeit längstens bis zum Winter 1929 den Ansprüchen wird genügen können. In den letzten Jahren betrug Berlins Mehrbedarf jährlich etwa 70,000 Kilowatt (was dem Gesamtbedarf Münchens entspricht) und neue Anforderungen wie die Elektrisierung der Stadt-, Ring- und Vorortbahn, der Ausbau des Schnellbahnnetzes — auch die Tatsache, daß noch 60 Prozent aller Berliner Haushaltungen ohne Anschluß an das Stromnetz sind, sei erwähnt — werden diese Zahl auch weiter wachsen lassen. Das neue Kraftwerk versorgt Berlin mit elektrischer Energie von 300,000 Kilowatt.

Der frühere Kronprinz Rupprecht von Bayern erklärte in einer Rede vor einer Bauernversammlung, daß die Bayern **vollkommen zu Gunsten einer** Monarchie seien. Das bayerische Volk, sagte er, habe gezeigt, daß es sich der Republik nur durch Zwang füge, jedoch seine **Anhänglichkeit an die erbliche Monarchie** bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck bringe. Die Bayern wünschen die Wiederherstellung der früheren Rechte des Königshauses," fügte er mit Nachdruck hinzu. „Das Volk wird nicht beruhigt werden, bevor seine Forderung für seinen früheren König gewährt worden ist."

Oesterreich.

Die Gerichtssiegel an den Tieren einer Zirkus-Menagerie in Wien anzubringen, erwies sich für die Gerichtsvollstrecker als eine gar gefährliche Aufgabe. Als der Zirkus wegen nichtbezahlter Abgaben mit Beschlag belegt werden sollte, hätte an jedes einzelne Stück desselben das Gerichtssiegel angebracht werden sollen. An die Elephanten wagten sich die Herren Gerichtsvollzieher zwar heran, aber sie hielten sich von den Löwen und Tigern weislich ferne.

Tschechoslowakei

Prager Zeitungen schreiben über einen ernsten diplomatischen Vorfall, der zwischen der Tschecho-Slowakei und Ungarn dadurch entstand, daß Premier Bethlen von Ungarn die Einladung an M. Pallier, den tschechischen Gesandten in Budapest, zu einem Diner zurückzog. Nach dem Berichte hatte der ungarische Premier den Gesandten zu einem formellen Diner eingeladen, ließ ihm aber am Abend vorher durch seinen Sekretär telephonieren, daß die Einladung zurückgezogen werde, weil Vertreter der Habsburger Familie anwesend sein werden und die Anwesenheit Palliers ihnen nicht genehm sein könne. „Sie werden ein ander Mal eingeladen werden", endete nach den Angaben des Korrespondenten die Unterhaltung. Die Prager Zeitungen brachten die Rückgängigmachung der Einladung als eine beabsichtigte Beleidigung der Tschecho-Slowakei, und einige der mehr extremen Blätter fordern den sofortigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Das tschecho-slowakische Außenamt faßt die Handlungsweise des Premiers Bethlen von Ungarn, indem er die an Pallier, den tschechischen Gesandten in Budapest, ergangene Einladung zu einem Diner rückgängig machte, nicht als ein ernstes Vorgehen oder eine Demonstration gegen die Tschecho-Slowakei auf. In hiesigen offiziellen Kreisen herrscht die Auffassung vor, daß die Möglichkeiten des Vorfalles von der Presse in ungebührender Weise ausgeschlachtet wurden.

Rußland

In maßgebenden Kreisen wird den Unterhandlungen mit Persien über einen persisch-russischen Wirtschafts- und Garantievertrag große Bedeutung beigelegt. Die Unterhandlungen wurden von dem persischen Außenminister Ali-Goli Chan Memalek eingeleitet, der eigens zu diesem Zwecke nach Moskau kam. Es wird darauf hingewiesen, daß Memalek im Jahre 1919 auf den Posten eines Außenministers berufen wurde und im Sommer 1920 zurücktreten mußte, weil er gegen den Abschluß eines englisch-persischen Vertrages energisch Stellung nahm. Im selben Jahre sandte ihn die persische Regierung als ihren diplomatischen Vertreter, nach Moskau und seine Tätigkeit in dieser Stellung führte am 26. Februar 1921 zum Abschluß eines politischen Vertrages zwischen Moskau und Teheran. Im Laufe des letzten Herbstes wurde Memalek von Moskau abberufen und von König Riza Chan wieder zum Außenminister ernannt. Memalek erklärte auf der Reise nach Moskau den ihm nach Baku entgegenfahrenden Pressevertretern, daß die Interessen Persiens und der Sowjetunion in engster Fühlung zu einander stünden und daß die persische Regierung um eine immer engere Annäherung an die Sowjetunion bemüht sei. Ueber die Vertragsverhandlungen verlautet, daß es sich hierbei nicht nur um ein Abkommen über wirtschaftliche Fragen, sondern auch um den Abschluß eines Garantiepaktes handle. In diesem würde sich Persien verpflichten, sich an einem Angriff auf die Sowjetunion von dritter Seite nicht zu beteiligen. Weiter soll die persische Regierung keinen Bau von Eisenbahnen in Gebieten zulassen, in denen Rußland interessiert ist. Außerdem soll die Sowjetunion das Recht erhalten, auf persischem Gebiete sechs neue Konsulate zu errichten, wogegen sich Moskau verpflichtet, in Persien keine kommunistische Propaganda zu treiben.

Frankreich.

„Die französische Regierung ist gegen eine Diskussion ihrer Haltung gegenüber Sowjet-Rußland." Diese Erklärung gab Außenminister Briand in der Kammer ab. Premier Poincare trat für diese Haltung seines Außenministers ein. Die Kammer unterstützte die Stellungnahme der Regierung, indem sie die Ansetzung eines Datums zur Besprechung der Angelegenheit auf unbestimmte Zeit vertagte. Damit dürfte die ganze Sache für immer abgetan sein, wenn es auch nicht ausgeschlossen ist, daß die Sache später noch einmal aufgeworfen wird. — Die Frage wurde durch eine Interbellation des Sozialisten-Führers Leon Blum angeschnitten, der geltend machte, die von dem Innenminister Sarraut abgegebene Erklärung lasse ersehen, daß die Regierung dem Kommunismus gegenüber eine feindselige Haltung einnehme, und daß deshalb die Frage der Beziehungen Frankreichs zu Rußland entschieden werden müsse. — Innenminister Sarraut hatte kurz zuvor ausgeführt, die Tätigkeit der Kommunisten in Frankreich und anderen Ländern komme einer ernsten Gefahr gegen die nationalen Interessen gleich. Seine Rede in der Kammer erfolgte zur Verteidigung seiner vor einiger Zeit in Constantine, Algerien, gemachten Auslassungen, die darauf hinauszielten, das Land werde einen entschiedenen Standpunkt gegen den Kommunismus und jene Personen einnehmen, die versuchten, die Republik zu Falle zu bringen. Der Minister verlas zahlreiche Auszüge aus Pamphleten und Flugschriften, die in Paris und in den Provinzen in großen Massen zur Verbreitung gekommen waren und erklärte dann, diese Auszüge bewiesen zur Evidenz, daß die Kommunisten versuchten, die Sicherheit des Landes zu untergraben. Es handle sich hier nicht etwa um eine improvisierte Rede, fügte der Minister hinzu, sondern um wohlüberlegte Aeußerungen, welche die vollständige Zustimmung des Premiers Poincare hätten.

Der vom Heeresausschuß der Kammer einberichtete Gesetzentwurf zur Reorganisation der französischen Armee hält auch in der neuen Fassung an der Zahl von 20 Friedensdivisionen fest. In dem Bericht wird erklärt, der Heeresausschuß habe von der Zurückziehung seines ursprünglichen Antrages, die Zahl der Divisionen auf 14 herabzusetzen, abgesehen, weil man sich der Ansicht des Kriegsministeriums anschloß, daß eine Verminderung der Anzahl der Divisionen unter 20 die Landesverteidigung schwächen würde. Nach dem Gutachten des Generalstabes muß Frankreich im Kriegsfalle in der Lage sein, schon in den ersten Mobilmachungstagen mindestens 40 Divisionen an die bedrohte Grenze zu werfen. Man erwartet, daß die Militärreform, die einen ergänzenden Teil der im März votierten Organisation für den Kriegsfall darstellt, in der Kammer sicherlich Gegenstand einer lebhaften Debatte sein wird. Insbesondere scheint es sicher zu sein, daß die Sozialisten ihren vom Heeresausschuß abgewiesenen Gegenentwurf wieder hervorziehen und bemüht sein werden, Abänderungen an dem Regierungsvorschlag zu erreichen. Auch um die Bedingungen für die Verwirklichung der Herabsetzung der Militärdienstzeit auf ein Jahr anstatt der gegenwärtigen achtzehn Monate dürfte ein Kampf entbrennen, wie in der Oppositionspresse angekündigt wird. Poincare hat erklärt, daß er in der Frage, unter welchen Bedingungen die Dienstzeit herabgesetzt werden könne, die Vertrauensfrage stellen werde.

Großbritannien.

Im alten Bailey-Gericht zu London wurde der Prozeß gegen Kapitänleutnant Colin Maners, einen früheren Offizier der britischen Marine, eröffnet, der angeklagt ist, sich auf unrechtmäßige Weise in den Besitz von Marineplänen, Skizzen, Dokumenten und Informationen gesetzt zu haben, die als nützlich für einen Feind gehalten wurden. Der Generalanwalt der Krone ersuchte den Lord-Oberrichter, das Publikum von der Verhandlung auszuschließen, da die Veröffentlichung des Beweismaterials in dem Falle der öffentlichen Sicherheit nachteilig sein könnte. Der Oberrichter kam dem Ersuchen nach, und das Publikum und die Zeitungsberichterstatter verließen den Gerichtssaal. Der Fall wird demnach, ebenso wie die früheren Verhöre im Polizeigerichte, hinter verschlossenen Türen verhandelt werden. Kapitänleutnant Maners war am 17. März auf Grund des offiziellen Geheimgesetzes verhaftet worden. Es wurde seinerzeit angegeben, daß er im Besitze von Plänen bezüglich des Tauchbootdienstes sei, dem er bis zu seinem kürzlichen Rücktritt als Offizier angehörte.

Bulgarien.

Ministerpräsident Laptcheff und die Regierungspartei errangen bei den allgemeinen Wahlen einen großen Erfolg. Die Regierungspartei gewann 176 Sitze im Parlament gegenüber 103 für die vereinigten Parteien der Opposition.

Spanien

Die lange erwartete Eröffnung der spanischen Nationalversammlung, die eine neue Landesverfassung und ein neues Wahlgesetz entwerfen soll, wird am 13. September d. J., dem Jahrestag des Staatsstreiches vom Jahre 1923, durch den Primo del Rivera zur Macht gelangte, stattfinden. Die Mitglieder der Nationalversammlung werden von der Regierung ernannt werden. Nach der Ausarbeitung der Verfassung und des Wahlgesetzes werden die Parlamentswahlen abgehalten und das neugewählte Parlament ersucht werden, die Beschlüsse der Nationalversammlung zu ratifizieren.

China

Die nördlichen chinesischen Behörden haben offiziell zugegeben, daß infolge erlittener Niederlagen alle nördlichen Streitkräfte von der Front in der Provinz Honan zurückgezogen wurden. Dieser Rückzug läßt die südlichen Armeen in unbestrittenem Besitz des südlich vom Gelben Fluß liegenden Teiles der Provinz Honan, der ganzen Provinz Nganhwei und der Lóng-Hai-Bahnlinie.

Ein Wortführer der Verbündeten Nördlichen Armeen gibt zu, daß deren Offensive gegen die nationalistischen Armeen verunglückte, behauptet aber, daß von einer endgültigen Niederlage der nördlichen Streitkräfte nicht die Rede sein könne und daß der Rückzug lediglich eine wohl überlegte taktische Bewegung darstelle. Er fügte hinzu, daß der „Kampf gegen den Bolschewismus" fortgesetzt werden wird und bestritt, daß Marschall Tschang Tso-Lin, der Oberbefehlshaber der Verbündeten Nördlichen Armeen, die Absicht habe, das Hauptquartier von Peking nach Tientsin zu verlegen, um seiner Basis in der Mandschurei näher zu sein.

Die Operationen der nördlichen Streitkräfte werden sich nach seiner Angabe vorläufig darauf beschränken, die neue Front am nördlichen Ufer des Gelben Flusses (Hoangho) und an der südlichen Schantunger Grenze zu verteidigen. Von dem weiteren Verlauf des Feldzugs werde es abhangen, ob die Nördlichen die Offensive wieder aufnehmen werden.

Es scheint, daß das erfolgreiche Vordringen der südlichen Truppen nach Paotingfu, in der Provinz Tschili, unterwegs seien und daß eine gleich starke Armee auf die Stadt Totschau, im nördlichen Schantung, im Anmarsch sei. Die Armeen der Generäle Tschang Tsung-Tschang und Sun Tschuan-Fang haben auf der östlichen Front schwere Schlappen erlitten und die nationalistischen Truppen bedrohten jetzt die strategisch sehr wichtige Stadt Hsutschau an der von Pukn nach Tientsin führenden Bahnstrecke.

Es scheint, daß das erfolgreiche Vordringen der Truppen des Marschalls Feng Yu-Hsiang die Lóng-Hai-Bahn entlang für den Rückzug der nördlichen Armeen ausschlaggebend war. Die Truppen Fengs haben bereits Honanfu erreicht und stehen vor Tschengtschau.

Ver. Staaten

Sekretär Kellog erhielt einen Brief von Robert Underwood Johnson, dem Direktor der Ruhmeshalle der Universität New York, in welchem er die Eröffnung von Unterhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich für einen Vertrag des dauernden Friedens befürwortet. Es wurde angedeutet, daß der Sekretär in einigen Tagen antworten werde. Johnson sagte, Aristide Briand, der französische Außenminister, habe vor einigen Wochen einen solchen Vertrag in Vorschlag gebracht, und er erklärt, daß die Beliebtheit des Kapitäns Charles A. Lindbergh in Paris bei der Einleitung der Unterhandlungen über ein derartiges Abkommen zur Jetztzeit von Nutzen sein werde. Briand sagte vor einigen Wochen, er würde einen Vertrag befürworten, der für immer einen Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich ausschließen würde; doch ließ man sich in Washington noch offiziell über diese Andeutung aus. Die französische Regierung hat offiziell noch keinen Vorschlag für einen permanenten Friedensvertrag gemacht. Im Außendepartement wurde darauf hingewiesen, daß ein im Jahre 1914 von beiden Ländern **unterzeichneter** Schiedsgerichtsvertrag, nach welchem Streitfragen, die auf diplomatischem Wege nicht erledigt werden könnten, durch eine internationale Kommission geschlichtet werden sollen, noch in Kraft sei. Diese Konvention sollte fünf Jahre bestehen, wenn nicht eine der Regierungen früher eine Lösung wünschen sollte; doch hat bisher keins der Länder die Absicht auf Kündigung des Abkommens bekannt gegeben.

Amerika und der Bolschewismus.

Amerikanischer Botschafter hält Rede in Frankreich.

Der amerikanische Botschafter für Frankreich, Myron T. Herrick, hat in einer Gedenkrede am amerikanischen Militärfriedhof in Suresnes erklärt, daß die herrschenden Mächte Sowjetrußlands eine bezahlte Propagandatätigkeit in der ganzen Welt betreiben und daß die Vereinigten Staaten die Ausbreitung des Bolschewismus nach ihren Gestaden nicht gestatten würden.

Der Botschafter bemerkte in seiner Rede, daß man schon seit einiger Zeit unter Anwendung der modernsten wissenschaftlichen Methoden der Geißel des Krieges zu Leibe rücke und daß man jetzt, wenn auch etwas spät, beginne, diese modernen wissenschaftlichen Methoden gegen die Geißel des Bolschewismus in Anwendung zu bringen.

Botschafter Herrick sagte unter anderm:

„Ich glaube, daß [illegible] in jedem Lande zwischen Ordnung und Anarchie, zwischen Ehrlichkeit und Dieberei und zwischen alltäglicher Tugend und Verbrechen wählen muß. Entweder wir glauben an eine geordnete Gesellschaft oder wir tun es nicht; ein Mittelding gibt es nicht. Wenn wir an eine wohlgeordnete Gesellschaft glauben, sollten wir alle Kraft, die wir besitzen, aufwenden, um sie zu verteidigen und ihren Fortschritt zu sichern.

„Die unverschämte, schädliche Einmischung einer bezahlten, organisierten Propaganda durch die ganze Welt ist ständig vor sich gegangen und, in Gemeinschaft mit anderen, bin ich durch die jüngsten Ereignisse genötigt worden, diese unheilvolle Bewegung mit steigender Beunruhigung wahrzunehmen.

„Indem wir an den Gräbern stehen, die ihr Leben in einem der großen Befreiungskriege hergegeben haben, sind wir wohl berechtigt, uns zu fragen, was uns von dieser in unsere Rechte eingreifenden Gefahr, die allem Anschein nach ebenso verderblich zu werden droht, wie jene, welche diesen Männern das Leben gekostet hat, beschützen wird."

Der Botschafter ging dann auf die Regierungsmethoden der Bolschewisten ein und erklärte, daß die Führer der Sowjetherrschaft nicht als Wortführer der großen Masse des russischen Volkes angesehen werden können und daß das bolschewistische System in den Augen der Welt tyrannischer und bedrückender sei als irgendeine frühere despotische Regierungsform. Hierauf fuhr er fort:

„Eine kranke Demokratie kann eine ebenso große Gefahr sein wie der tollste König, und eine wahnsinnige Nation kann schlimmer sein als Nero! Mein Standpunkt ist, daß es uns Amerikanern, die einen siebenjährigen Krieg gekämpft haben, um uns das Recht auf das Leben, die Freiheit und das Streben nach Glück zu sichern, nicht zusteht, ruhig hier zu bleiben, während eine Bande von Männern, die sich zu Beherrschern einer gutunterrichteten und talentierten Rasse aufgeschwungen haben, mit teuflischer Findigkeit versucht, unseren Bürgern ein todbringendes Gift einzuflößen und unsere Einrichtungen zu unterminieren, die unserem Kontinent Wohlstand und Glück gebracht haben.

„Wir werden die russischen Schiffe, die während des Bürgerkrieges in den New Yorker Hafen einführen und einem kriegsverheerten Lande Stärkung brachten und sein Vertrauen wieder aufrichteten, nie vergessen. Wir glauben noch immer, daß die Mission jener Flotte die Gefühle der Masse der Russen für die amerikanische Republik auch in der Gegenwart zum Ausdruck bringt. Wir unterschätzen auch nicht die Macht der Handelsinteressen zwischen den beiden Ländern, noch lassen wir ihren Wert unberücksichtigt, aber diese Interessen können über moralische Erwägungen nicht den Vorrang einnehmen, und keine finanzielle Struktur kann bestehen, wenn sie nicht auf ehrliches geschäftliches Handeln begründet ist.

„Wir denken nicht daran, die Sowjetherrschaft in Rußland anzugreifen. Was sie auf ihrem eigenen Gebiet tut, ist ihre eigene Angelegenheit. Aber wir widersetzen uns mit dem ganzen Ernst einer sich selbst respektierenden Nation, und ohne Rücksicht auf materielle Erwägungen, den Führern der Sowjetherrschaft Mittel und Gelegenheit zu geben, uns zu vergiften.

„Wir haben die Absicht, unser Land vor dem Bolschewismus so zu schützen, wie unsere Vorfahren es gegen Tyrannei verteidigt haben. Die Tatsache, daß eine Regierung die Bakterien einer abscheulichen Krankheit heimlich in unser Land sendet, anstatt offen Armeen gegen uns zu schicken, macht diese Situation nicht weniger verbrecherisch, noch ändert dies etwas an unserer Pflicht, sie zurückzuweisen.

„Die Helden, die in diesen Gräbern liegen, haben durch Aufopferung ihres kostbaren Lebens geholfen, ihr Land vor einem erobernden Despotismus zu retten. An dieser Stelle wollen wir den Entschluß kundtun, daß ihr Land vor der Fäulnis, durch eine vorsätzlich ausgearbeitete Krankheit verschont bleiben soll."

Am Schlusse seiner Rede sagte Botschafter Herrick, daß sich die Welt nach Frieden sehne und erwähnte als Beispiel hierfür die im vorigen Monat von dem französischen Außenminister Briand dem amerikanischen Volk gesandte Botschaft an, in der erklärt wurde, daß Frankreich bereit sei, mit den Vereinigten Staaten ein Abkommen zu treffen, das einen Krieg zwischen den beiden Nationen verpönen würde. Er fügte hinzu:

„Zu keiner Zeit in der Geschichte wurde die Frage der Kriegsverhütung so ernstlich untersucht wie jetzt, und wenn auch der Enthusiasmus, der vor zehn Jahren über die Aussicht eines erzwungenen Friedens geherrscht hat, etwas nachließ, ist der Entschluß, dieser Frage auf den Grund zu gehen, festgeblieben."

Sagen Sie es Ihren Freunden:

„Der Courier ist die führende deutsche Zeitung in Canada"!